

Landesversammlung
Evangelischer Arbeitskreis
am 21. Mai 2022



Antragsbuch

Redaktion:
Evangelischer Arbeitskreis der CSU

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München,
Telefon 089/1243-312, Telefax 089/1243-4312
eak@csu-bayern.de

INHALT

Antrag Nr. 1	Erhalt der Schaustellerseelsorge Antragssteller: EAK-Landesvorstand Petra Guttenberger, MdL	Seite 3
Antrag Nr. 2	Einführung Nordisches Modell Antragssteller: EAK-Bezirksverband München	Seite 4
Antrag Nr. 3	Einsatz von Lärm-Blitzern in Deutschland Antragssteller: Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein, Dr. Philipp W. Hildmann	Seite 6
Antrag Nr. 4	Politische Bildung durch persönliches Erleben stärken Antragssteller: Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein, Dr. Philipp W. Hildmann	Seite 8
Antrag Nr. 5	Beibehaltung des Sonntagschutzes/Verzicht auf weitere gesetzliche Ausnahmeregelungen Antragssteller: EAK-Bezirksverband Mittelfranken Hans-Jürgen Hopf, Volker Bauer, MdL; Norbert Potratz; Hanna Weinmann; Prof. Dr. Johannes Rehm; Petra Hopf; Prof. Dr. Alfred Seiferlein; Jutta Sehring, Prof. Dr. Johannes Haeffner; Dieter Springmann; Günter Straßner	Seite 10
Antrag Nr. 6	Jegliche Lockerung des Abtreibungsgesetzes verhindern Antragssteller: EAK-Bezirksverband Schwaben	Seite 12
Antrag Nr. 7	Geschlechtsänderung unter 18 Jahren verbieten, ebenso den Eintrag ins standesamtliche Register Antragssteller: EAK-Bezirksverband Schwaben	Seite 14
Antrag Nr. 8	Symbole des politischen Islam und Scharia verbieten Antragssteller: EAK-Bezirksverband Schwaben	Seite 16

<p style="text-align: center;">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p style="text-align: center;">21. Mai 2022</p>
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 01 Erhalt der Schaustellerseelsorge</p>	<p><u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: EAK-Landesverband Petra Guttenberger, MdL</p>	

0 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

1 **Der EAK Bayern appelliert an die Bayerische Landeskirche, sie möge sich dafür**
2 **einsetzen, dass auch in Zukunft die Schaustellerseelsorge effizient und flächendeckend**
3 **bestehen bleibt.**

4 **Begründung:**

5 Nach Auskunft der Schaustellerinnen und Schausteller beabsichtigt die EKD, die Mittel für die
6 Schaustellerseelsorge um 70% zu kürzen.

7 Dies kommt quasi einer Abschaffung bzw. einer Reduzierung auf das Minimalste gleich.

8 Gerade durch die vielfältigen Schaustellergottesdienste kann der seelsorgerische Auftrag bei
9 diesen erfüllt werden, die gerade angesichts der Pandemie des Trostes und der Wegführung
10 im Glauben bedürfen, um in diesen besonderen Zeiten angesichts der Ängste um die Existenz
11 als Christen behütet durch die Zeit zu kommen.

12 Auch werden durch diese Gottesdienste Menschen, also Gäste der Veranstaltungen
13 angesprochen, die den Weg in die herkömmlichen Gottesdienste der Kirche nicht mehr finden
14 und sich von dieser eher abgestoßen, als angezogen fühlen.

15 Gerade diesen Weg zu Menschen gilt es auch für die Zukunft zu erhalten.

16 **Votum der EAK-Antragskommission: Zustimmung**

<p align="center">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p align="center">21. Mai 2022</p>
<p align="center">Antrag-Nr. 02 Einführung Nordisches Modell</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center">Antragsteller: EAK-Bezirksverband München</p>	

17 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

18 **Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen**
19 **Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass der Kauf sog. sexueller**
20 **Dienstleistungen sowie die Förderung der Prostitution (Zuhälterei) strafbar gemacht**
21 **wird, während das Anbieten sog. sexueller Dienstleistungen straffrei bleibt. Gleichzeitig**
22 **müssen umfassende Ausstiegshilfen für Personen in der Prostitution geschaffen**
23 **werden.**

24 **Begründung:**

25 Diese zunächst widersprüchlich anmutende Forderung liegt im Naturell der Prostitution
26 begründet: Während die Nutzer sog. sexueller Dienstleistungen beinahe ausschließlich
27 Männer sind, bieten hauptsächlich Frauen diese an. Die Zahlen der Anmeldungen von
28 Prostituierten des Statistischen Bundesamtes von 2019 zeigen, dass 81% der angemeldeten
29 Prostituierten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie stammen hauptsächlich
30 aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn, also aus den Armenhäusern Europas. Eine Studie des
31 Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend aus dem Jahr 2004 hat
32 herausgefunden, dass Frauen in der Prostitution regelmäßig von körperlicher und psychischer
33 Gewalt betroffen sind, sozial isoliert sind, sich an ihrem Arbeitsplatz nicht sicher fühlen und
34 weitaus häufiger von körperlichen und seelischen Krankheiten betroffen sowie häufiger
35 alkohol- oder drogenabhängig sind als Frauen, die nicht in der Prostitution sind.
36 Fachberatungsstellen in Berlin berichten, dass der Preis für Sex auf der Kurfürstenstraße bei
37 20 Euro liegt. In Freier-Online-Foren sind menschenverachtende und gewaltverherrlichende
38 Berichte und Bewertungen von Prostitutionsbesuchen zu lesen.

39 All diese Fakten zeigen, dass es sich bei der Prostitution nicht „um einen Beruf wie jeden
40 anderen“ handelt, wie es das Prostitutionsgesetz, eingeführt von SPD und Grünen im Jahr
41 2002, suggeriert, sondern um schweren Missbrauch und die Ausbeutung von vulnerablen
42 Personen. Prostitution ist eine schwere Verletzung der Menschenwürde und der
43 Menschenrechte und mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie mit christlichen
44 Werten nicht vereinbar. Daran konnte auch das Prostituiertenschutzgesetz, eingeführt im Jahr
45 2017, nichts ändern, welches versucht mit Registrierungen von Prostituierten und
46 Prostitutionsstätten sowie einer (nicht kontrollierbaren) Kondompflicht für Freier der Lage Herr
47 zu werden. Prostitution kann nicht reguliert werden, sie findet in einem hochkriminellen Milieu
48 statt und auch der Freier nutzt durch das in Anspruch nehmen sog. sexueller Dienstleistungen
49 die Vulnerabilität anderer Menschen aus. Freier sind die am häufigsten genannten Täter von
50 Gewalttaten an prostituierten Frauen in der Studie des Bundesministeriums für Familie,

51 Senioren Frauen und Jugend von 2004. Daher muss der Prostitution mit Werkzeugen zur
52 Verringerung der Nachfrage und zur aktiven Unterstützung der unter ihr leidenden Personen
53 begegnet werden.

54 Die Corona-Pandemie hat noch einmal in erschreckender Weise dargelegt in welcher prekärer
55 Situation sich Prostituierte in Deutschland befinden. Fachberatungsstellen berichten von
56 Prostituierten, die obdachlos wurden, weil sie vor Ausbruch der Pandemie im Bordell gelebt
57 haben (was seit Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes verboten ist) und sich weder
58 Essen noch Hygieneartikel leisten konnten. Der Großteil der Prostituierten hatte keinen
59 Anspruch auf Sozialhilfe, weil sie nicht als Prostituierte angemeldet waren oder sich sogar
60 illegal in Deutschland aufgehalten haben. Viele Gemeinden haben Bußgelder an Prostituierte
61 verhängt, die gezwungen waren, trotz pandemiebedingtem Verbot weiter der Prostitution
62 nachzugehen, da sie keine andere Einnahmequelle hatten. Die Freier blieben von diesen
63 Bußgeldern meistens ausgeschlossen.

64 Das Europäische Parlament empfiehlt bereits seit dem Jahr 2014 allen Mitgliedsstaaten die
65 Einführung des „Nordischen Modells“, also der Freierbestrafung, verbunden mit
66 flächendeckenden Ausstiegshilfen für Prostituierte. Deutschland wird von anderen
67 Europäischen Ländern als das Bordell Europas bezeichnet und ist Zielland für Sextouristen
68 aus aller Welt. Im Juni 2021 hat die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ beschlossen das
69 Nordische Modell nicht in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Die Partei hält weiter am Mythos
70 der Prostitution als Beruf fest. Mit einer Entscheidung für das Nordische Modell kann sich die
71 CSU klar als eine Gegenstimme zu den Grünen positionieren und für die Menschenwürde, für
72 Menschenrechte, für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und für die christlichen
73 Werte unseres Landes einstehen.

74 **Votum der EAK-Antragskommission: Zustimmung**

<p align="center">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p align="center">21. Mai 2022</p>
<p align="center">Antrag-Nr. 03 Einsatz von Lärm-Blitzer in Deutschland</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center">Antragsteller: Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein, Dr. Philipp W. Hildmann</p>	

75 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

76 **Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen**
77 **Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass in Deutschland die rechtliche**
78 **sowie technische Grundlage geschaffen wird, um Lärm-Blitzer im gesamten deutschen**
79 **Bundesgebiet einsetzen zu dürfen.**

80 **Begründung:**

81 Lärmblitzer funktionieren ähnlich wie Geschwindigkeitsblitzer. Allerdings wird nicht geblitzt,
82 wer zu schnell fährt, sondern wer zu laut ist. In Frankreich und Großbritannien werden diese
83 Lärmblitzer bereits im Testbetrieb eingesetzt, Hannover prüft die Idee.

84 Gerade in den Sommermonaten ist ein verstärkter Verkehrslärm zu verzeichnen.
85 Insbesondere die Anwohner an den von Motorrädern und getunten PS-Boliden besonders
86 frequentierten Strecken wissen, was damit einhergeht: Wochenenden und Feierabendstunden,
87 an denen der Motorenlärm teilweise so unerträglich ist, dass viele Anwohner trotz
88 sommerlicher Temperaturen geöffnete Fenster oder einen Aufenthalt im Freien vermeiden. Die
89 erhöhte Lärmbelastung hat auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Anwohner/innen. Es ist
90 mittlerweile erwiesen, dass Verkehrslärm Stress erzeugt und krankmachen kann. Die
91 Lebensqualität in den betroffenen Gebieten könnte sich dadurch erheblich erhöhen. Denn
92 obwohl das Problem schon seit Längerem bekannt sei - vor allem in den innenstadtnahen
93 Bereichen - sei es der Polizei bisher kaum möglich, derartige Verstöße zu ahnden. Denn die
94 Kontrollen könnten immer nur punktuell durchgeführt werden.

95 Der Einsatz von Lärmblitzern wäre auch für die Mehrheit an rücksichtsvoll fahrenden
96 Motorrad- und Autofahrern von Vorteil. Denn anstatt pauschal greifender Fahrverbote würden
97 nur diejenigen Fahrer sanktioniert, die sich nicht an die Spielregeln halten und den vielen
98 anderen Menschen das Leben schwermachen. Alle anderen können ihrem Hobby unbehelligt
99 weiter nachgehen.

100 Bayern würde bundesweit als Vorreiter im Kampf gegen vermeidbaren Verkehrslärm ein
101 zukunftsweisendes und vor allem wirksames Zeichen setzen.

102 **Votum der EAK-Antragskommission: Zustimmung**

<p style="text-align: center;">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p style="text-align: center;">21. Mai 2022</p>
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 04 Politische Bildung durch persönliches Erleben stärken</p>	<p><u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein, Dr. Philipp W. Hildmann</p>	

103 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

104 **Die CSU wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Länderebene dafür einzusetzen, dass**
105 **Bundes- und Landesregierungen die politische Bildung im schulischen Kontext**
106 **dadurch stärken,**

107 **- dass grundsätzlich auch jenseits des je nach Bundesland und Schulart in**
108 **verschiedenen Klassenstufen unterschiedlich gestalteten Sozialkundeunterrichts, die**
109 **Auseinandersetzung mit politischen Verantwortlichkeiten und Entscheidungsprozessen**
110 **gestärkt wird**

111 **- denkbar wären hier in die Lehrpläne z.B. der Klassenstufen 4, 7 und 9 zu integrierende**
112 **Gespräche mit Mandatsträgern verschiedener Ebenen (z.B. kommunale Ebene, Land,**
113 **Bund/Europa)**

114 **- Schulleiter dazu ermuntert werden, vermehrt Diskussionsveranstaltungen (im**
115 **Unterrichtskontext oder als schulische Veranstaltung) unter Einladung verschiedener**
116 **Vertreter der Jugendorganisationen der Parlamentsparteien (nicht der etablierten**
117 **Berufspolitiker) zu organisieren, um den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass**
118 **man sich auch als junger Mensch einbringen kann und „die Politik“ bei einem selbst**
119 **beginnt**

120 **- in Zusammenarbeit mit den Stiftungen der politischen Parteien flächendeckend**
121 **Angebote des aktiven „Politik-Ausprobieren“ in Form von im schulischen Kontext**
122 **organisierten politischen Planspielen und Zeitzeugengesprächen anzubieten**

123 **Begründung:**

124 Politische Bildungsarbeit ist heute, da Fehl- und Falschinformation, Lüge, Hetze und Vorurteil
125 sich durch Digitalisierung und „soziale“ Medien bzw. Messenger Messenger-Dienste so leicht
126 verbreiten (lassen) wie nie zuvor, in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen, um
127 unsere freiheitliche Demokratie inklusive Rechtsstaat, Wohlstand und Frieden zu erhalten.
128 Was passiert, wenn sich Bevölkerung in Ermangelung politischer Bildung und zumindest
129 einem grundsätzlichen Verständnis des „public servant“-Gedankens radikalisiert, kann
130 abschreckend an den USA beobachtet werden.

131 Da es nicht umsonst heißt, Amerika ist uns in Europa im Guten wie im Schlechten um 10
132 Jahre voraus ist, auch angesichts einer vom Verfassungsschutz beobachteten AfD,
133 „Querdenkern“, die von der AfD unterstützt, den Reichstag stürmen wollen, und einem
134 steigenden Maß an Menschen, die sich von einem „Regime verraten und unterdrückt“
135 empfinden, auch bei uns fünf vor zwölf, was die Notwendigkeit einer Ausweitung der
136 Anstrengungen in der Politischen Bildung anbelangt.

137 Politische Bildung ist kein „linkes Teufelszeug“ und meint nicht Konfliktlehre. Es geht gerade
138 darum, dass auch vorbildlich engagierte junge Menschen, wie die Aktivisten von FFF,
139 verstehen, dass die wenigsten Veränderungen „herbeigebrüllt“ werden können, sondern dass
140 es Zuständigkeiten und Prozesse gibt, die zu kennen hilfreich ist, wenn man etwas verändern
141 will. Und sei es nur, wer dafür verantwortlich ist, dass am örtlichen Marktplatz „für’s Klima“ ggf.
142 mehr Bäume gepflanzt werden. Auch geht es darum, Verständnis dafür zu wecken, dass
143 Politik mehr ist, als Organisationsdiagramme und Wahlregeln beim Staatsaufbau. Politik meint
144 die Fähigkeit zu Vision, sprachlich-gedanklicher Lenkung und Motivation zu pointiertem
145 Werben, aber gleichermaßen auch zum Kompromiss bei einer Demokratie immanenten
146 Interessensausgleich. Und all das braucht - zumal in seiner exekutiven Ausgestaltung und
147 dem Zusammenspiel verschiedener Ebenen - vom EU-Parlament bis zum Gemeinderat -
148 mitunter Zeit.

149 Da dies leichter persönlich - sei es im Gespräch mit gewählten Mandatsträgern verschiedener
150 Ebenen, sei es in der Diskussion mit und unter jüngeren ehrenamtlich Aktiven oder sei es im
151 Erleben im Rahmen eines Planspiels - erfahren, als aus Büchern und Schaubildern gelernt
152 werden kann, wird die überparteiliche (was die Ausgewogenheit der Präsenz, nicht die
153 Abwesenheit von Parteien meint!) Öffnung der Schulen angeregt, um mehr Kontakt mit
154 Mandatsträgern, jüngeren Ehrenamtlichen und Politischen Stiftungen zu ermöglichen. Dies soll
155 in keiner Weise die wichtige und großartige Arbeit der Träger der außerschulischen Jugend-
156 und politischen Bildungsarbeit etwa von ELJ und KLJB, über den Jugendring bis hin zu
157 Naturschutzverbänden schmälern. Der Ansatz „Schule“ wird jedoch gewählt, da deren Auftrag
158 auch darin liegt, mündige BürgerInnen, also auch StaatsbürgerInnen, ins Leben zu entlassen
159 und eine überparteiliche, grundsätzliche Befassung möglichst vieler junger Menschen zu
160 erreichen, die die genannten Verbände trotz lobenswertester Anstrengungen nicht erreichen
161 (können).

162 **Votum der EAK-Antragskommission: Zustimmung**

<p align="center">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p align="center">21. Mai 2022</p>
<p align="center">Antrag-Nr. 05 Beibehaltung des Sonntagsschutzes Verzicht auf weitere gesetzliche Ausnahmeregelungen</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center">Antragsteller: EAK-Bezirksverband Mittelfranken Hans-Jürgen Hopf, Volker Bauer, MdL; Norbert Potratz; Hanna Weinmann; Prof. Dr. Johannes Rehm; Petra Hopf; Prof. Dr. Alfred Seiferlein; Jutta Sehring, Prof. Dr. Johannes Haeffner; Dieter Springmann; Günter Straßner</p>	

163 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

164 **Der CSU-Parteitag, die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die CDU/CSU-**
165 **Fraktion im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag**
166 **mögen sich mit dem Nachdruck dafür einsetzen, dass keine weiteren gesetzlichen und**
167 **regionalen Ausnahmeregelungen bezüglich des Sonntagsschutzes beschlossen**
168 **werden.**

169 **Begründung:**

170 Der freie Sonntag gehört in Deutschland zu unserer christlich-abendländischen Tradition und
171 deren sozialpolitischen sowie soziokulturellen Errungenschaften.

172 Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben in Artikel 139 GG bestimmt, dass er
173 Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen
174 Erhebung gesetzlich geschützt bleiben.

175 Als Evangelischer Arbeitskreis ist es uns ein vordringliches Anliegen, dieses hohe Kulturgut zu
176 erhalten.

177 Wir treten dafür ein, dass der Sonntag kein Einkaufstag mit Happening-Charakter wird, obwohl
178 dies vielen Menschen zunächst verlockend erscheinen mag. Die bestehenden regionalen und
179 lokalen Ausnahmegenehmigungen haben das Maß der Zumutbarkeit überschritten.

180 Die beiden großen Kirchen brachten 1999 in der Frage des Sonntagsschutzes eine
181 weitreichende ökumenische Übereinstimmung zur Sprache. So heißt es in der Aus der
182 „Gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der kath.
183 Deutschen Bischofskonferenz“:

184 „Durch die ausgiebige Inanspruchnahme von Ausnahmegenehmigungen ist in den Bereichen
185 von Handel und Dienstleistungen die Sonntagsarbeit innerhalb von nur sieben Jahren um die
186 Hälfte angestiegen. Forderungen nach weiteren Ausnahmen verbunden mit
187 Gesetzesübertretungen lassen einen ‚Flächenbrand‘ befürchten, der zu Lasten der Menschen

188 und der Gesellschaft geht. Die Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmerinnen und
189 Arbeitnehmer sowie ihre Familien werden dabei in unvermeidbare Weise verharmlost. Die Arbeit
190 anderer wird zur Verschönerung des eigenen Sonntags bereitwillig in Anspruch genommen,
191 ohne dass die Nutznießer sich eingestehen, welcher soziale Preis dafür zu zahlen ist.
192 Sonntagsarbeit zählt zu den unbeliebtesten Arbeitsformen. (Ziffer 8)

193 Menschen brauchen den Sonntag. Der Wechsel von Arbeit und Ruhe gehört zum Leben und
194 Dasein des Menschen. Der Sonntag unterbricht den Kreislauf von Arbeit und Konsum. Auch
195 der Umgang mit der Freizeit soll nicht nur von Markt und Geschäft bestimmt sein. Der
196 Grundsatz ‚Zeit ist Geld‘ soll nicht alle Tage beherrschen. Menschen müssen Zeit haben für
197 das, was sich ökonomisch nicht rechnet. Dafür steht der Sonntag. (Ziffer 10)

198 Der Sonntag gibt dem Zeitempfinden einen wiederkehrenden Rhythmus und gewährt einen
199 regelmäßigen Freiraum. Er verhilft zu dem notwendigen Abstand von dem sich
200 beschleunigenden Wandel, von dem Anpassungsdruck des Erwerbslebens wie des
201 Freizeitverhaltens. In der Leistungsgesellschaft bietet er eine Zone der Freiheit vom
202 Leistungsdruck. Zum verantwortlichen Umgang mit der Zeit gehört die regelmäßige
203 Unterbrechung. ‚Zeitbrachen‘, also unbewirtschaftete Zeit, sind für die Wahrnehmung
204 menschlicher Freiheit unentbehrlich. Wer seine Zeit bis zum Äußersten auskaufen will und den
205 Rhythmus der Zeit missachtet, untergräbt die natürlichen Lebensbedingungen ebenso wie die
206 Bedingungen der Freiheit. (Ziffer 11)

207 Der Sonntag ist für alle Menschen - gleich welcher religiösen oder weltanschaulichen
208 Überzeugung - ein Angebot zur Besinnung und zum Innehalten. (Ziffer 21)“

209 Wettbewerbsvorteile von Händlern an verkaufsoffenen Sonntagen mindern sich, da auch
210 andere Anbieter ihr Angebot an den Sonntagen erweitern. Arbeitnehmende, die sich aufgrund
211 der Lohnzuschläge freiwillig für Sonntagsschichten melden, werden feststellen, dass sich
212 diese Sonderzuschläge langfristig ebenfalls mindern, da die Arbeit am Sonntag immer üblicher
213 wird und keine zu honorierende Besonderheit mehr darstellt.

214 Viele Kunden, die an jedem Tag in der Woche alle Einkaufsmöglichkeiten und
215 Dienstleistungen in Anspruch nehmen, stellen fest, dass sie eventuell irgendwann selber
216 sonntags dafür arbeiten müssen. Nicht ökonomische Vorteile, sondern lediglich ein siebter
217 Werktag stünde am Ende dieser Spirale.

218 **Sonntagsschutz ist aktive Politik für die Familie**

219 Wenn der Sonntag für alle wegfällt, gibt es kaum mehr einen Tag für gemeinschaftliche
220 Aktivitäten im Familienverbund.

221 Ohne den freien Sonntag leiden die Familien. Wenn die Eltern am Sonntag arbeiten, wird ihren
222 Kindern die Chance genommen, den oft einzigen gemeinsamen Tag mit ihren Eltern zu
223 verbringen. Ganz besonders gilt dies für alleinerziehende Elternteile.

224 **Der Sonntag ist für die Menschen da**

225 Der Sonntag ist der kollektive Tag für das Ausruhen, für das Entspannen und der synchrone
226 Tag des Zur-Ruhe-Kommens.

227 Die Errungenschaft des arbeitsfreien Sonntags hat sich unsere Gesellschaft in einem langen
228 Prozess erkämpft.

229 Das Leben der Menschen braucht beides: Zeiten der Arbeit und Zeiten der Ruhe. Der Sonntag
230 befördert und ermöglicht einen gesunden Wechsel von Arbeit und Ruhe, weil er arbeitende
231 Menschen in ihrem Tätigsein heilsam unterbricht, sie innehalten lässt in ihren
232 Alltagsgeschäften und für einen lebensdienlichen Rhythmus des gesamten gesellschaftlichen
233 Gemeinschaftslebens sorgt.

234 Bereits in den Schöpfungsgeschichten ist dieser Zusammenhang grundgelegt. Für uns
235 Christen ist der Sonntag der Tag der Auferstehung Jesu Christi und somit der Tag des
236 Gottesdienstes. Als geschenkter Ruhetag ist er von herausgehobener Bedeutung. Der
237 Sonntagsschutz darf nicht durch weitere Ausnahmeregelungen aufgeweicht werden.

238 Der Sonntag bleibend wichtig für das Familienleben, für die Erholung und für Gottesdienste.
239 Der Sonntag verdient unseren Schutz, weil er das Menschsein schützt!

240 **Votum der EAK-Antragskommission:** Zustimmung

<p align="center">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p align="center">21. Mai 2022</p>
<p align="center">Antrag-Nr. 06 Jegliche Lockerung des Abtreibungsgesetzes verhindern</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center">Antragsteller: EAK-Bezirksverband Schwaben</p>	

241 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

242 Die Landesversammlung des EAK möge beschließen, nachfolgenden Antrag in den nächsten
243 CSU-Parteitag einzubringen: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-
244 Fraktion im Bayerischen Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen,

- 245 • ungeborenes Leben zu schützen.
- 246 • existierende Abtreibungsgesetze zu erhalten oder zu verschärfen.
- 247 • allen Versuchen Einhalt zu gebieten, die bestehenden Abtreibungsregeln - in welcher
248 Form auch immer - aufzuweichen und zu lockern.
- 249 • Familienberatungsstellen vermehrt zu fördern und weitere Unterstützungsangebote für
250 schwangere Frauen und für Mütter, insbesondere für Alleinerziehende, zu schaffen.
- 251 • Ärzte und Beratungsstellen vermehrt dafür zu sensibilisieren, schwangere Frauen
252 dahingehend zu beraten, wie sie ihr Kind angstfrei gebären, versorgen und unterstützen
253 können und ihnen Hilfs- und Unterstützungsangeboten zu empfehlen.
- 254 • finanzielle Mittel der Familienförderung noch stärker am Bedarf von Alleinerziehenden
255 und Familien mit Kindern auszurichten.

256 **Begründung:**

257 Erst vor wenigen Jahren haben die Jusos für ein Abtreibungsrecht der Frau bis kurz vor der
258 Geburt gekämpft. Eine solch unmenschliche Praxis käme einer gezielten Euthanasie
259 unerwünschter Kinder gleich. Unter der Ampel ist eine Lockerung der Abtreibungsregeln, wenn
260 nicht sogar eine völlige Freigabe von Abtreibungen zu befürchten. Eine linke Politik, die unter
261 dem Vorwand, Frauen in ihrer freien Selbstbestimmung zu unterstützen, die Entscheidung
262 über Abtreibungen dem alleinigen Willen der schwangeren Frauen überlässt, widerspricht dem
263 Wesen einer zivilisierten Gesellschaft. Eine solche Politik ignoriert den Wert und die Würde
264 des Menschen vom Beginn des Lebens an und ist in Wahrheit menschenverachtend und
265 inhuman.

266 Es ist eine der wesentlichen christlichen Gebote, menschliches Leben, insbesondere die
267 Schwächsten, also ungeborene Kinder, zu schützen. Ebenso sind schwangere Frauen
268 besonders schutzbedürftig. Ungeborene Kinder sind eine Gabe Gottes mit eigener

269 Menschenwürde. Sie sind keine Ware und keine Verfügungsmasse für die Wünsche und
270 Pläne Erwachsener.

271 Darüber hinaus kann und muss an die beteiligten Partner appelliert werden, dass sie ihre
272 Beziehung(en) verantwortlich gestalten und im Falle einer Schwangerschaft für das
273 ungeborene Leben verantwortlich sind bzw. sich des Kindes nicht einfach durch eine
274 Abtreibung entledigen können. Die Freiheit des Einzelnen endet an der Freiheit des anderen,
275 sprich Elternrechten auf Freiheit steht das Recht des Kindes auf Leben gegenüber und kann
276 nicht einfach willkürlich negiert werden. Insofern stellt es aus christlich-ethischer Sicht eine
277 besondere Schuld da, ungeborene Kinder ohne zwingende Gründe (Erhalt des Lebens der
278 Frau) abzutreiben.

279 Darüber hinaus sichern Kinder den Fortbestand unserer Gesellschaft. Es ist unverständlich,
280 dass so viele Kinder in Deutschland abgetrieben werden, während gleichzeitig Einwanderung
281 gefördert wird, um einem demographischen Wandel und dem Mangel an Arbeitskräften zu
282 begegnen. Kinder sind die von Gott geschenkte Zukunft eines Volkes und sollten als solche
283 mit allen Mitteln geschützt werden. Die CDU/CSU sollte sich deshalb in der Regierung und im
284 Parlament dafür einsetzen, alle Mittel auszuschöpfen, um ungeborenen Kindern das Leben
285 und eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen.

286 **Votum der EAK-Antragskommission:** Ablehnung

287 Die Antragskommission steht einer Verschärfung der Abtreibungsgesetze kritisch gegenüber.
288 Darüber hinaus bleibt der Antrag einer Definition des Lebens schuldig. Es ist hierfür essenziell
289 den Beginn des Lebens klarzustellen, damit der Antrag inhaltlich verständlich wird.

<p align="center">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p align="center">21. Mai 2022</p>
<p align="center">Antrag-Nr. 07 Geschlechtsänderung unter 18 Jahren verbieten, ebenso den Eintrag ins standesamtliche Register</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center">Antragsteller: EAK-Bezirksverband Schwaben</p>	

290 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

291 Die Landesversammlung des EAK möge beschließen, nachfolgenden Antrag in den nächsten
292 CSU-Parteitag einzubringen: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-
293 Fraktion im Bayerischen Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen,

- 294 • dass Jugendliche unter 18 Jahren ihr Geschlecht standesamtlich nicht ändern können,
295 erst recht nicht gegen den Willen ihrer Erziehungsberechtigten und ohne umfassende
296 medizinische und psychologische Untersuchung.
- 297 • dass Jugendlichen unter 18 Jahren keine Hormone oder sonstige Medikamente
298 verschrieben werden dürfen, die darauf ausgerichtet sind, ihre körperliche und
299 psychische Entwicklung als Mann bzw. Frau zu unterdrücken, zu verlangsamen oder
300 ganz zu verhindern.
- 301 • dass Jugendliche unter 18 Jahren sich keinen medizinischen Eingriffen unterziehen
302 dürfen, die darauf ausgerichtet sind, ihr Geschlecht zu verändern.
- 303 • zu verhindern, dass Gender-Interessensgruppen sowie Lobbyisten der Pharma- und
304 Medizinindustrie in Beratungsstellen und Einrichtungen des Gesundheitswesens junge
305 Menschen in ihren Entscheidungen und ihrer Entwicklung beeinflussen.

306 Vielmehr sollen Kinder-, Jugend- und Hausärzte dafür sensibilisiert werden, die jungen
307 Menschen im Falle von Unsicherheiten bezüglich des Geschlechts zu beraten.

308 **Begründung:**

309 Kinder und Jugendliche sollen, wenn es nach dem Willen der Ampel-Koalitionspartner plus
310 Linke geht, zunehmend der elterlichen Fürsorge entzogen und einem staatlichen Zugriffsrecht
311 unterworfen werden. Aktuelles und prominentes Beispiel ist der Plan von FDP und Grüne,
312 Jugendlichen ab 14 Jahren das Recht zuzugestehen, gegen den Willen ihrer Eltern, ihr
313 Geschlecht amtlich ändern zu lassen.

314 Die Genderpolitik, die sich oft so harmlos präsentiert als eine Politik, die nur Frauen und
315 andere Diskriminierte schützen will, ist in Wahrheit eine hochgefährliche und letztlich
316 menschenverachtende Politik.

317 Die Genderpolitik basiert auf völlig unwissenschaftlichen Prämissen und baut auf rein
318 philosophischen Konstrukten auf. Laut dahinterstehender Philosophie gibt es kein natürliches
319 biologisches Geschlecht (Sexus) und eine darin begründete und damit dem Menschen
320 vorgegebene geschlechtliche Identität (Gender). Vielmehr sei jedes Geschlecht und die darauf
321 aufbauende geschlechtliche Identität letztlich konstruiert. Dementsprechend kann jeder
322 Mensch entsprechend seiner gefühlten Identität sein Geschlecht variieren und ändern.

323 Jugendliche, die pubertätsbedingt verunsichert sind, sollen - auch gegen den Willen ihrer
324 Eltern - nicht nur ihr Geschlecht neu definieren und ohne ärztliche Prüfung amtlich ändern
325 können. Die Lobbyarbeit der Verfechter einer radikalen Genderpolitik zielt darauf, dass
326 Jugendliche Hormone einnehmen dürfen, die die natürliche körperliche und psychische
327 Entwicklung irreversibel verhindern. Darüber hinaus verändern Hormone das psychische
328 Befinden und treiben die Jugendlichen erst vollends dahin, sich dem anderen Geschlecht
329 zugehörig zu fühlen und sich infolgedessen irreversiblen medizinischen Eingriffen zu
330 unterwerfen. Selbst wenn medizinische Eingriffe erst mit der Volljährigkeit erfolgen (dürfen),
331 werden Körper und Psyche des jungen Menschen bis dahin schon so verändert, dass eine
332 Rückkehr zu einer natürlichen Entwicklung nicht mehr möglich ist.

333 Naturwissenschaftlich, biologisch und auch biblisch gesehen, gibt es nur zwei Geschlechter,
334 das männliche und das weibliche. Menschen, die mit einer Abweichung zur Welt kommen,
335 verdienen unseren Respekt, unsere Hilfe und unser Mitgefühl. Die geringe Zahl Betroffener
336 rechtfertigt es aber nicht, dass sie die gesamte Gesellschaftspolitik und unsere gemeinsame
337 Sprache dominieren.

338 Sprachlich gesehen ist das Gendern ein Rückschritt und grammatikalischer sowie
339 kommunikativer Unsinn. Darüber hinaus warten im Hintergrund bereits Lobbygruppen aus
340 Pharma- und Medizinindustrie nur darauf, mit Hormonen, Medikamenten und Operationen viel
341 Geld zu verdienen. Transmenschen sind für ihr gesamtes Leben auf Hormone und häufig auch
342 auf Psychopharmaka angewiesen.

343 Wissenschaftlich gesehen, ist die Pubertät eine wichtige Zeit auch für die Gehirnentwicklung;
344 das Gehirn strukturiert und entwickelt sich im jungen Erwachsenenalter noch einmal
345 wesentlich neu und weiter. Viele junge Menschen sind in dieser Zeit verunsichert, verletzlich
346 und leicht manipulierbar. Der vorliegende Antrag zielt deshalb zuallererst darauf,
347 Heranwachsende vor fremder Einflussnahme zu schützen und ebenso Familien und das
348 Elternrecht vor fremden Zugriffsrechten zu schützen.

349 **Votum der EAK-Antragskommission:** Ablehnung

350 Hier steht die Antragskommission eine fachliche Prüfung des Antrages für notwendig. Vor
351 allem zu den Punkten, ob eine geschlechtliche Umwandlung unter 18 Jahren ohne
352 Zustimmung der Eltern und ohne Prüfung von Ärzten möglich ist. Weiter empfiehlt die EAK-
353 Antragskommission die Absätze zur Genderpolitik zu streichen und hierzu eventuell einen
354 eigenen Antrag zu stellen. Die Genderpolitik unterscheidet sich inhaltlich von dem
355 Themenblock der Geschlechtsumwandlung sehr.

<p align="center">Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</p>	<p align="center">21. Mai 2022</p>
<p align="center">Antrag-Nr. 08 Symbole des politischen Islam und Scharia verbieten</p>	<p><u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center">Antragsteller: EAK-Bezirksverband Schwaben</p>	

356 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

357 Die Landesversammlung des EAK möge beschließen, nachfolgenden Antrag in den nächsten
358 CSU-Parteitag einzubringen: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-
359 Fraktion im Bayerischen Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen,

- 360 • dass unsere freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Verfassung in Deutschland
361 und auf EU-Ebene geschützt wird.
- 362 • dass der immer weiter um sich greifende politische Islam eingedämmt wird.
- 363 • dass die Scharia keinen Einfluss auf das Zusammenleben und die Rechtsprechung
364 bekommt.
- 365 • dass Zeichen und Symbole, die dazu angetan sind, den politischen Islam und die
366 Scharia zu stärken, z. B. das Tragen von Burkas, verboten werden.
- 367 • dass der Muezzinruf im öffentlichen Raum verboten wird.

368 Es sollen nur solche muslimische Gruppierungen und Vereine unterstützt werden, die
369 sicherstellen, dass sie keinerlei direkte oder indirekte Nähe zu entsprechenden islamistischen
370 und streng islamischen Gruppen und Gemeinden und zu aus islamischen Ländern finanzierten
371 Vereinen haben.

372 **Begründung:**

373 Viele Menschen muslimischen Glaubens leben gut integriert und friedliebend in unserem
374 freiheitlichen, demokratisch verfassten deutschen Rechtsstaat. Allerdings werden immer
375 wieder Bestrebungen erkennbar, die darauf zielen, dem politischen Islam und der Scharia in
376 Deutschland und in Europa mehr Raum zu verschaffen.

377 Eine Burka prägt Frauen von früh an und erzieht sie zu einem konservativ islamischen bis
378 islamistisch geprägten Rollenbild mit dem Ziel, sie zu ihren Männern gehorsamen und
379 gefügigen Frauen zu machen. Während hier in Deutschland die Verfechterinnen der Burka
380 (ähnlich auch Trägerinnen des Kopftuchs) darauf bestehen, sie würden es freiwillig und
381 selbstbewusst tragen, haben Frauen und Mädchen in den meisten islamischen Ländern -
382 trauriges aktuelles Beispiel Afghanistan - keine Wahlfreiheit mehr.

383 Die aktuell diskutierten und umstrittenen Muezzinrufe, werden zwar von manchen Muslimen
384 als Gebetsrufe verstanden und interpretiert. Sie sind aber keine religiöse Pflicht. Die
385 Muezzinrufe beginnen mit „Allahu akbar“, was so viel wie „Allah ist groß/größer/am größten“
386 bedeutet. So beginnt auch der Schlachtrufe des Dschihad. Mit dem Muezzinruf erschallt das
387 muslimische Glaubensbekenntnis auch über besetzte Gebieten, z. B. den von der Türkei
388 besetzten Gebieten der Jesiden und Kurden.

389 In Deutschland verstößt der im öffentlichen Raum weithin hörbare Muezzinruf gegen das
390 negative Religionsrecht. Sprich, wer ihm entrinnen wollte, müsste sich die Ohren zuhalten
391 oder in die eigenen vier hoffentlich schalldichten Wände zurückziehen. Beim Muezzinruf wird
392 das muslimische Glaubensbekenntnis gerufen und damit allen aufgezwungen. Es ist dazu
393 angetan, Menschen, die aus streng muslimischen Ländern geflohen sind, zu bedrängen und
394 sich dem Gehör und Gedächtnis, auch junger Menschen, gegen den Willen der Menschen
395 aufzudrängen.

396 Das Argument, Kirchenglocken seien auch weithin hörbar, verkennt, dass es sich dabei um
397 einen bloßen Klang, nicht um eine sprachliche Botschaft handelt. Wer das christliche
398 Glaubensbekenntnis hören oder sprechen will, ist frei, in eine Kirche zu gehen; oder es eben
399 auch sein zu lassen. Im Muezzinruf wird Gott nach muslimischem Verständnis und sein
400 Prophet bezeugt. Es ist insofern auch antichristlich. Denn Jesus wird lediglich als Prophet,
401 nicht als Erlöser geglaubt und verkündet. Dennoch würden Christen gezwungen sein, sich das
402 muslimische Glaubensbekenntnis im Öffentlichen Raum anzuhören.

403 Schließlich ist darauf zu achten, dass Vertreter eines politischen Islam keinen Zutritt oder
404 Einfluss in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kindergärten und Schulen gewinnen und auf
405 Lehrpläne.

406 Weltweit zeigt sich, dass überall dort, wo der Islam zur die Politik dominierenden Kraft wird,
407 echte Demokratie und Freiheit im deutschen, westlichen und europäischen Sinne verloren
408 gehen. Liberale Muslime warnen immer wieder davor, gegenüber konservativen muslimischen
409 und islamistischen Gruppen und Vereinen zu blauäugig zu sein. Nicht ohne Grund werden
410 liberale Muslime von konservativen Verbänden ausgegrenzt.

411 In dem Sammelband „Lehren aus 9/11, Zum Umgang des Westens mit Islamismus“ von
412 namhaften Autoren wie Prof. Dr. Susanne Schröter, Professorin für Ethnologie an der Goethe-
413 Universität Frankfurt und Gründerin und Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums
414 Globaler Islam, Dr. Kristina Schröder, eh. Bundesministerin, Berichterstatterin der CD/CSU-
415 Bundestagsfraktion für Islam, Integration und Extremismus im Innenausschuss, Ayaan Hirsi
416 Ali, Politikwissenschaftlerin und ehemalige Abgeordnete im niederländischen Parlament und
417 aktiv für Frauen- und Kinderrechte, Necla Kelek, Soziologin und Publizistik und seit 2020 erste
418 Vorsitzende des Vereins Säkularer Islam Hamburg e.V., Volker Beck eh. MdB u. v. a. wird
419 veranschaulicht, wie blauäugig im Westen immer noch mit dem Phänomen des Islamismus
420 umgegangen wird. Sie heben hervor, wie sehr der Islamismus als eine Interpretation des Islam
421 sehr wohl zum Islam gehört und leider auch in konservativen Kreisen und scheinbar
422 unproblematischen Institutionen seine Sympathisanten und Unterstützer hat.

423 **Votum der EAK-Antragskommission: Ablehnung**

424 Grundsätzlich unterstützt die EAK-Antragskommission den thematischen Grundtenor des
425 Antrages. Hierzu hat sich die Christlich-Soziale Union bereits auf einem Parteitag ausführlich
426 befasst und einen Leitantrag dazu beschlossen, der den politischen Islam verbietet und eine

427 gewisse Achtsamkeit mit einhergehenden Symbolen suggeriert. Darüber hinaus erkennt die
428 EAK-Antragskommission das Potential separat einen geeigneten Antrag zur Thematik der
429 Muezzin-Rufe zu entwerfen.